

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

A) Allgemeines

[urn:nbn:de:bsz:31-244619](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-244619)

Dritter Teil

Die Tätigkeit des Zentrums auf volkswirtschaftlichem Gebiete.

A) Allgemeines.

62. Die Vorbereitung der künftigen Handelsverträge ist die bedeutsamste Aufgabe, die der Reichstag auf volkswirtschaftlichem Gebiete derzeit hat. Darum hat auch das Zentrum mit an die Spitze seiner Anträge die Resolution gestellt:

„den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, behufs Vorbereitung der künftigen Handelsverträge

1. eine umfassendere Produktionsstatistik im Inlande für die einzelnen Erwerbsgruppen zu veranlassen, wobei die mit ihrem Absatz auf die Landwirtschaft angewiesenen Gruppen des Kleinhandels und Handwerks besonders behandelt werden;
2. Zusammenstellungen über die Produktionsverhältnisse, insbesondere über Gewinnung von Rohstoffen, Bodenpreise, Löhne, Lebenshaltung der Arbeiterschaft, soziale Lasten usw. der mit dem deutschen Volke hauptsächlich im Wettbewerb stehenden fremden Staaten anzustellen und diese in einer Denkschrift dem Reichstag zugehen zu lassen;
3. bei den bevorstehenden Verhandlungen über die neuen Handelsverträge auf eine größere Gleichmäßigkeit in der sozialen Gesetzgebung der beteiligten Länder im Sinne eines möglichst großen Fortschritts hinzuwirken.“
(I. Sess. 1912. D. S. Nr. 19 u. 226)

Abg. Dr. Mayer (Kaufbeuren) führte zur Begründung dieser Resolution und über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen aus:

„Der deutsche Außenhandel, der sich von seinem im Jahre 1908 erlittenen schweren Rückschlag im Jahre 1909 wieder erholt hat und 1910 eine starke Steigerung zu verzeichnen hatte, weist auch wieder im Jahre 1911 Rekordzahlen auf: er hat sich im Jahre 1911 um 1,2 Milliarden Mark, auf nunmehr 17,6 Milliarden Mark gehoben. Das bedeutet eine Zunahme von 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Wenn wir nun den Stand und Entwicklungsgang unseres Exports allein ins Auge fassen und ihn vergleichen mit dem Stand und Entwicklungsgang des Exports unseres Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, nämlich Englands, so ergeben sich folgende interessanten Zahlen. In den beiden Jahrzehnten 1891 bis 1911 stieg der deutsche Warenexport von 3,1 Milliarden auf 8,1 Milliarden Mark, eine Steigerung von

155 Prozent. Im gleichen Zeitraum entwickelte sich der Export unseres Konkurrenten England von 5 Milliarden auf 9,2 Milliarden, also eine Steigerung von 83 Prozent. Mit anderen Worten: der deutsche Export verfolgt ein fast um das Doppelte schnelleres Entwicklungstempo als der Export unseres Handelskonkurrenten, Englands. Im Jahre 1891 betrug der deutsche Export 62 Prozent des englischen, im Jahre 1911 bereits 87 Prozent. Daraus ist der Schluß gerechtfertigt, daß, wenn dieses Tempo anhält, wir in 10 Jahren unseren Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt überholt haben werden. Allerdings ist der Export Englands ein fast ausschließlich industrieller, während der deutsche Export betänlich auch einen erheblichen Posten landwirtschaftlicher Produkte aufweist. Andererseits sind wir aber dem englischen Welt-handel in einzelnen Produkten bereits sehr nahe gerückt. An Eisenfabrikaten und Maschinen z. B. exportieren wir 1,9 Milliarden, England 2 Milliarden, und in elektrischen Erzeugnissen sind wir England bereits über.“

(15. Sitzung vom 20. Februar 1912. St. B. S. 313)

Zur Resolution selbst übergehend meinte er:

„Wir haben eine derartige Produktionsstatistik auf industriellem Gebiete seit Jahren; bezüglich der Landwirtschaft aber ist die Produktionsstatistik hinter der Erfassung der industriellen Entwicklung zurückgeblieben, und sie geht auch insofern irriige Wege, als sie den Handwerker und Kleinkaufmann auf dem Lande identifiziert mit dem Kleinkaufmann und Handwerker, der in den Städten wohnt. Es ist aber ein kolossaler Unterschied zwischen den Interessen derjenigen Teile des Mittelstandes, die auf dem Lande und in kleinen und mittleren Städten ansässig sind und von der Landwirtschaft leben, und denjenigen, die in einer Großstadt ihren Wohnsitz haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nach der Richtung soll also eine Scheidung unserer Produktionsstatistik vorgenommen werden. Wir wollen aber noch etwas anderes. Bei den Wahlen wurde von der einen Seite behauptet, die Industrie schaffe jährlich 16 Milliarden Werte, die Landwirtschaft nur 6; auf der anderen Seite wurde wieder behauptet, die Industrie schaffe nur 10 Milliarden Werte und die Landwirtschaft 7 Milliarden Werte. Meine Herren, wir sehen hieraus, daß alle diese eigentlich nur auf Kombinationen beruhenden Summen im politischen Kampfe verwertet werden und eine um so größere Rolle spielen, je näher wir der Verabschiedung der Handelsverträge kommen. Wir wollen daher, daß die Regierung selbst durch eine objektive amtliche Erfassung der Produktionsverhältnisse auch der Landwirtschaft dazu beiträgt, Klarheit zu schaffen und so die Handelsverträge entsprechend vorzubereiten.“

(St. B. S. 320)

Abg. Graf P r a j c h m a unterstützte diesen Antrag:

„Wir geben dem Herrn Staatssekretär zu, daß eine solche Statistik der kleinen Betriebe außerordentlich schwierig ist; aber es dürfte vollständig genügen, daß das, wie er es ja schon in Aussicht gestellt hat, in der Form von Monographien geschieht, die meiner Meinung nach mit Hilfe der Lokalbehörden, z. B. der Landratsämter, sehr wohl zu schaffen sein werden. Was dann den Ausbau der Technik der Statistik betrifft, so scheint es erwünscht, daß diese Erhebungen zu einer dauernden Einrichtung ausgebildet werden. Es müßte dann aber ein solches Bureau sich freimachen von dem Bureaukratismus, den wir leider in unserer Statistik so oft finden. Es ist notwendig, daß gerade für diese Erhebungen volkswirtschaftlich ausgebildete und auch in der Praxis erfahrene Beamte und ein gutgeschultes Personal verwendet wird.“

(24. Sitzung vom 12. März 1912. St. B. S. 582)

Die Regierung nahm eine sehr entgegenkommende Stellung ein und sagte zu, daß sie alles tun werde, was sie vermöge. Die Resolution fand Annahme.

63. Der **rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik** ist durch eine Interpellation des Zentrums (I. Sess. 1912 Druck. Nr. 295) in der Richtung zur Sprache gebracht worden, ob der Reichskanzler bereit ist, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben, und weiterhin, was er zu tun gedenkt, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen.

Abg. Schiffer (Borken) (Ztr.) begründete die Anfrage und rechtfertigte es, weshalb der christliche Bergarbeiterverband nicht an dem Streik teilnehme.

„Im Ruhrrevier hatten die Grubenbesitzer Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt. Es mußte nach unserer Auffassung zunächst ruhig abgewartet werden, ob diese Lohnerhöhungen kommen, und ob sie in genügender Höhe kommen würden. Jedenfalls hatten vor acht Tagen und haben auch schließlich jetzt die Ruhrzechenunternehmer noch nicht bewiesen, daß sie gewillt waren und sind, ihr Wort nicht zu halten. Ferner kam für uns die Tatsache in Betracht, daß die Kohlenpreiserhöhung, die vom Syndikat beschlossen ist, doch erst am 1. April d. J. in Kraft tritt. Weiterhin aber, meine Herren, hatte der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter Rücksicht zu nehmen zunächst auf die eigene Industrie. Er hat daran gedacht, daß die Engländer im Jahre 1905 während des damaligen Kampfes in Deutschland unserer Bergwerksindustrie nicht unbedeutende Gebiete auf dem Kohlenmarkt freitig gemacht haben. Und jetzt wäre die Gelegenheit wahrhaftig nicht ungünstig gewesen, diese Märkte wiederzugewinnen. Wir sind auch als Arbeiterorganisationen der Ueberzeugung, daß die Wiedergewinnung solcher Märkte für unsere heimische Industrie, auch für die Arbeiter, von besonderem Vorteile ist. Wir sind überhaupt überzeugt davon, daß nur eine gesunde, eine gut prosperierende Industrie in der Lage ist, gute, vollauf befriedigende Arbeiterlöhne zu zahlen“

Meine Herren, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter hat dann aber auch grundsätzlich und mit vollem Recht sich leiten lassen von der Rücksichtnahme auf unser gesamtes Wirtschafts- und Erwerbsleben, an dessen Wohlergehen ebenfalls die gesamte Arbeiterschaft aufs lebhafteste interessiert ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, ehe ein solcher Kampf in so ungeheurem Umfang begonnen wird, ein Kampf, der das ganze heimische Wirtschaftsleben schädigen, zum Teil sogar stilllegen kann, ein Kampf, der Hunderttausende, unter Umständen viele Millionen deutscher Arbeiter ins Elend treiben kann —, daß ein solcher Kampf nicht ohne besondere Not begonnen und durchgeführt werden darf.“ (26. Sitzung vom 14. März 1912. St. B. S. 635)

Dann wies der Redner darauf hin, daß die Fäden des Streiks in London zusammenlaufen und daß es sich im Kerne um einen Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter handle, legte aber den deutschen Arbeitgebern nahe:

„Der Gewerbeverein hat die Interessen der heimischen Bergwerksindustrie, die Interessen der anderen deutschen Industrien, namentlich der Eisen- und Textilindustrie, er hat die spezifisch deutschen wirtschaftlichen und staatlichen Interessen überhaupt trotz aller Verleumdungen und Anfeindungen nach besten Kräften wahrgenommen. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Er hat das auch in seiner Eigenschaft als Arbeiterorganisation getan, weil er

eben von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß diese Interessen ebenso sehr Arbeiterinteressen wie allgemeine Interessen sind. (Sehr richtig! im Zentrum und bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Wenn dem aber so ist, meine Herren, dann wäre es doch meines Erachtens an der Zeit, daß auch die Unternehmer der Großindustrie, speziell auch jetzt im Ruhrbergbau, mit dem verständigen Teil der Arbeiterschaft zusammenwirkten, (hört! hört! und Lachen bei den Sozialdemokraten) daß sie mit den nationalen Arbeitern verhandeln und sich mit ihnen verständigen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerbeverein christlicher Arbeiter im besonderen hat volles Verständnis für eine gesunde Gewerbe- und Industriepolitik. Das müssen allmählich auch die Unternehmer einsehen, und in der gegenwärtigen Bergarbeiterbewegung sollten die Grubenherren positive und greifbare Zugeständnisse machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die weiteste Dessenlichkeit hat das Recht und die Pflicht, an die Grubenherren zu appellieren, daß sie mit den Arbeiterausschüssen auch über Lohnfragen verhandeln und Lohnerhöhungen zugestehen, (sehr richtig! im Zentrum) und das muß schnell geschehen. Mit dem Aufdielangebankschieben und mit allgemeinen Redensarten wird die Situation nur verdorben."

Staatssekretär D e l b r ü c k legte zunächst seine Bemühungen um friedlichen Ausgleich dar und teilte dann mit:

"Auf der anderen Seite hat die Presse darauf hingewiesen, daß am 11 März — das war der Tag, an dem in einer Reihe von anderen Ländern die Sympathiedemonstrationen für die englischen Bergarbeiter beabsichtigt waren — (hört! hört! rechts) alle diese Länder ihr Auge auf das Verhalten der deutschen Bergleute gerichtet hielten. (Hört! hört! rechts.) Ich möchte feststellen, daß mir eine ganze Reihe von Protokollen über Ausschußverhandlungen vorliegen, in denen die Ausschußmitglieder des alten Verbandes erklärt haben, die Lohnverhältnisse ihrer Zechen seien so, daß man daran zweifeln könne, ob ein Streik notwendig sei; (hört! hört! im Zentrum und rechts.) Es handle sich aber nicht um die Löhne, sondern um einen von der Organisation befohlenen Streik."

Aus den amtlichen Zahlen ergibt sich in der Kürze, daß die Preise bei der Fettkohle im Jahre 1911 gegen das Jahr 1907 zurückstanden um 5,5 Prozent, beim Hochofentots um 10 Prozent, daß dagegen die Löhne im Jahre 1911 gegen diejenigen des Jahres 1907 nur zurückstanden um 4 Prozent, auf alle Bergarbeiter berechnet, während bei den Häuern die Löhne des Jahres 1911 gegen das Jahr 1907 um 7 Prozent zurückstanden."

(26. Sitzung vom 14. März 1912. St. B. S. 641)

6000 Polizeimannschaften seien zum Schutze der Arbeitswilligen in das Streikgebiet beordert worden, und wo diese nicht ausreichten, da wurde Militär herbeigerufen. Die sozialdemokratischen Redner befanden sich in einer großen Verlegenheit und gebrauchten allerlei Ausflüchte; sie sollten eine schon verlorene Sache auch rechtfertigen; dies hat ihnen besonders A b g G i e s s b e r t s vor Augen gehalten:

"Ich habe mir heute vorgenommen, nachdem von sozialdemokratischer Seite standhaft und entschieden abgeleugnet wird, daß hinter dem Streik irgendwelche politische Motive stehen, in der Hauptsache den Nachweis zu führen, daß dieser Streik gegen alle gewerkschaftlichen Regeln, die in Deutschland üblich sind, geführt und ausgebrochen ist. Man leugnet standhaft ab, daß dem Streik irgendein politisches Motiv zugrunde liegt. Wir sind der gegen-

teiligen Auffassung; wir sind der Auffassung, daß der Streik mit ein Racheakt ist für die Niederlage bei den letzten Wahlen im Industrierevier. (Sehr gut! im Zentrum.) Daß dieser Streik aber lediglich politische Motive hat, wird auch bewiesen dadurch, daß er gegen alle gewerkschaftlichen Regeln gehandhabt wird.“

(Redner führte dies im einzelnen aus)

„Mit 80 000 organisierten Arbeitern und 200 000 unorganisierten Arbeitern beginnen Sie einen Streik, Herr Kollege Sachse. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Unverantwortlichkeit von Ihnen. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch nie der Fall gewesen. Die Organisationsverhältnisse liegen also nicht im geringsten so, daß der Streik mit Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte. Zur Durchführung eines Streiks im Ruhrrevier gehören zweitens große Mittel. Wenn der Streik das erreichen soll, was Herr Sachse hier gekennzeichnet hat, nämlich die Erzwingung des Grubentkapitals zur Anerkennung der aufgestellten Forderungen, dann rechne ich, daß von den 360 000 vorhandenen Arbeitern mindestens 250 000 im Streik bleiben müssen, und wenn der Kohlenmangel so empfindlich werden soll, daß die Zechenbesitzer zum Nachgeben gezwungen werden, dann darf der Streik keinesfalls unter vier bis sechs Wochen dauern. (Sehr richtig im Zentrum.) 250 000 Streikende erfordern pro Woche ein Unterstützungskapital von 3½ bis 4 Millionen Mark. Der sozialdemokratische Verband hat etwa 3½ Millionen Mark Vermögen. Wenn nun die anderen Verbände das übrige zuschießen, so rechne ich, daß im günstigsten Falle 4 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Das ist die Streikunterstützung für eine einzige Woche.“ (28. Sitzung vom 16. März 1912. St. V. S. 718)

Wie es der christliche Gewerbeverein vorausgesagt hatte, so traf es auch ein: der Streik war auf der ganzen Linie verloren, ohne jeden Erfolg für die Arbeiter.

64. Ein **Reichskartellgesetz** forderte das Zentrum seit 1908 und so auch jetzt wieder durch folgenden Antrag:

„die verbündeten Regierungen zu ersuchen, tunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend Kartelle, Trusts und ähnliche Vereinigungen, vorzulegen.“

Als Zielpunkte der Regelung werden zur Erwägung empfohlen:

1. Errichtung eines Reichskartellamts, sei es als besonderer Abteilung im Reichsamt des Innern, sei es als eignen Amtes nach Vorbild des Aufsichtsamts für Privatversicherung;
2. Festsetzung von Mindestvorschriften bezüglich der Satzungen insbesondere betreffend die Zulassung von Schiedsgerichten;
3. Verpflichtung zur Anzeige der Errichtung und zur Einreichung der Satzungen beim Kartellamt; Führung eines Kartellregisters;
4. Aufsicht des Kartellamts über die Geschäftsführung mit dem Rechte der Entsendung eines Kommissars zu den Beratungen; Auskunftspflicht der Kartelle;
5. regelmäßige Veröffentlichungen des Kartellamts;
6. Maßnahmen, die gegenüber denjenigen Vereinigungen getroffen werden können, welche die Beanstandungen des Kartells nicht berücksichtigen.“
(I. Sess. 1912. D. S. Nr. 20 u. 223)

Abg. Dr. Mayer (Kaufbeuren) konnte zunächst darauf hinweisen, wie die Macht der Syndikate und Kartelle stetig wächst und

wie die Auswüchse zunehmen (Petroleum, Porzellanfabriken usw.), wie aber der preußische Staat die Kartelle unterstützt durch den Anschluß an das Kohlenyndikat.

„Das Kohlenyndikat hat nach dem Anschluß des preußischen Fiskus seine Richtpreise im Durchschnitt um 25 Pfennig bis eine Mark pro Tonne erhöht. Was bedeutet diese Erhöhung für die Allgemeinheit? Das Kohlenyndikat setzte im Jahre 1911 an Steinkohlen 49 Millionen Tonnen ab, an Briketts 3,8 Millionen, an Koks 11 Millionen, zusammen 64 Millionen Tonnen. Davon gingen etwa 20 Millionen Tonnen ins Ausland, die ziehe ich ab; dann bleibt ein Absatz des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats nach dem Inlande von 44 Millionen Tonnen übrig. Nehme ich nun im Gegensatz zu anderen Berechnungen, die im Durchschnitt 75 Pfennig Erhöhung pro Tonne annehmen, nur 50 Pfennig an, dann ergibt sich für die Konsumenten der Kohle aus den rheinisch-westfälischen Kohlenyndikatszweigen in Deutschland eine Mehrbelastung von jährlich 22 Millionen Mark. Diese Preiserhöhung wird selbstverständlich Schule machen, sie wird von unseren Braunkohlenyndikaten und von der oberschlesischen und sächsischen Industrie, soweit es ihr möglich ist, nachgeahmt; und wenn ich mir nun vor Augen halte, daß in Deutschland der Konsum der Kohle jährlich insgesamt 153 Millionen Tonnen beträgt, dann ergibt das eine Mehrbelastung der deutschen Volkswirtschaft von jährlich über 75 Millionen Mark.“ (15. Sitzung vom 28. Februar 1912. St. B. S. 314)

Er konnte aber auch von der anderen Seite auch feststellen, wie andere Staaten (z. B. Oesterreich) ganz im Sinne des Kartellantrags des Zentrums vorgehen; da müsse das Reich endlich aus dem Standpunkte der Erwägungen herauskommen. Der Kartellantrag des Zentrums fand Annahme.

65. Die Aufhebung der Futtermittelzölle und des Kartoffelzollens erstreben Interpellationen der Volkspartei (I. Sess. 1912 Druckf. Nr. 46) und der Sozialdemokratie (I. Sess. Druckf. Nr. 60). Am 21. und 22. Februar 1912 beriet der Reichstag über diese Frage. Staatssekretär Dr. Delbrück führte dagegen aus:

„daß die Maisernte in der ganzen Welt ungewöhnlich schlecht und unzureichend war, daß in Amerika der Ernteausfall größer gewesen war als das ganze Quantum, das Amerika im Jahre 1910 ausgeführt hat, daß in der übrigen Welt kein Mais zu haben sei, daß Argentinien seit der Mitte des vorigen Jahres nichts gebracht habe; daß in Südafrika kaum der Bedarf des eigenen Landes zu decken ist, daß diesem großen Manko in der Welt gegenüber nur ein Quantum von etwa 12 Millionen Doppelzentnern in den Donauländern zur Verfügung stand für den Export nach dem gesamten Westeuropa, dessen Bedarf nicht annähernd mit diesem, in den Donauländern verfügbaren Quantum gedeckt werden konnte, daß somit eine derartige Herabsetzung des Zolles, wo alles nach Futter schreit, eine Steigerung der Preise herbeiführen würde. Der Zoll würde niemals den Viehhaltern zugute kommen, sondern er würde in der Hauptsache in den Händen des Handels sitzen bleiben, wie das der Fall gewesen ist bei einem erheblichen Teil der Preisermäßigungen, die sich aus den Reduktionen der Eisenbahntarife ergeben hatten.“ (11. Sitzung vom 21. Februar 1912. St. B. S. 193)

Der Zoll von 1,30 Mark auf Futtergerste

„ist an sich niedrig, er ist niedrig im Verhältnis zum Werte des Produktes, und er hat zweifellos, wie die vorhin von mir angegebenen Zahlen

gezeigt haben, es nicht verhindert, daß ungewöhnlich große Quantitäten Futtergerste aus dem Auslande eingeführt sind. Was also an Futtergerste vorhanden gewesen ist, hat hereingebracht werden können. Ich habe aber ferner auf die Gefahr hin, daß Sie nochmals lachen, auch die Ueberzeugung, daß, wenn wir in einem Augenblick, wo die Futtergerste knapp werden muß, wo die Nachfrage an sich schon steigt, wo an sich schon die Preise steigen, daran gehen werden, den Zoll zu suspendieren, wiederum nur eine gesteigerte Nachfrage eintreten und die Preise steigern würde.“ (S. 193)

Nur in der Frage des Kartoffelzolls sagte der Staatssekretär eine Erleichterung zu.

„Der bei uns geltende Kartoffelzoll ist ein Saisonzoll, es ist ein Zoll, der nicht den Zweck hat, im allgemeinen die Einfuhr von Kartoffeln zu erschweren oder die Kartoffeln im Inlande zu verteuern, sondern ein Zoll, der den Zweck hat, die Frühkartoffel zu treffen, eine Kartoffel, die an sich so hochwertig ist, daß sie weder als Fabrikkartoffel noch als Nahrungsmittel ernstlich in Betracht kommt. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die Frühkartoffel, die unter dem Namen „Maltakartoffel“ aus Malta, Cypern, Frankreich und sonstwo herkommt, ist eine Luxusartoffel, (sehr richtig! rechts und im Zentrum) und den sie treffenden Zoll zu beseitigen haben wir keine Veranlassung. (Erneute Zustimmung.)

Aber abgesehen davon trifft der Saisonzoll eventuell noch aus dem Auslande eingehende Saatkartoffeln. Das liegt in der Jahreszeit seiner Geltung, nicht aber trifft der Zoll unter normalen Verhältnissen Kartoffeln vorjähriger Ernte, die für industrielle Zwecke oder für den menschlichen Konsum oder für Futterzwecke bestimmt sind.“ (S. 194)

Im Anschluß daran teilte er mit, daß der Bundesrat beschlossen habe, Kartoffeln der vorjährigen Ernte bis zum 1. Mai 1912 zollfrei einzulassen und den am 15. Februar fälligen Zoll bis zu diesem Termin nicht zu erheben. — Es sei sofort festgestellt, daß diese Erleichterung dem deutschen Konsumenten gar nicht zugute kam, sondern daß namentlich in Holland der Preis für die Kartoffeln sofort um den Betrag des Zolles und mehr stieg und daß die ganze Aktion dem deutschen Volke nichts genützt hat. Darum hatte der Abg. Herold auch recht, als er ausführte:

„Aber die Frage ist nur die: wird durch die Aufhebung des Zolls eine Ermäßigung des Preises eintreten? Ich bestreite das mit aller Entschiedenheit; (sehr richtig! im Zentrum und rechts) ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß nach Aufhebung des Zolls auch nur ein Pfennig heruntergehen wird. Es zeigt sich immer und überall: gerade in Zeiten des Mangels, wenn die Nachfrage größer ist als das Angebot, dann wirken alle derartigen Maßnahmen durchaus nicht preismäßigend, sondern den Nutzen davon wird das Ausland haben und weiter in ganz erheblichem Maße der Großhandel. Roggen und Gerste müssen im Preise immer in einer bestimmten Beziehung stehen. Roggen hat einen höheren Futterwert als Gerste, und zwar einen um 11 Prozent höheren. Wenn nun der Zoll zum Ausdruck kommen sollte, dann müßte doch, selbst wenn ich Roggen und Gerste gleichwertig annehme, die Preisdifferenz zwischen Roggen und Gerste so viel betragen, wie die Zolldifferenz ausmacht. Die Zolldifferenz beträgt aber 5 Mark weniger 1,30 Mark, also 3,70 Mark; und heute haben Futtergerste und Roggen annähernd denselben Preis. Es besteht vielleicht noch eine Spannung von etwa 50 Pfennig — die Preise sind ja einigmaßen lokal. Daraus ergibt sich klar, daß der billige

Zollsatz auf Gerste auch jetzt schon dem Auslande zugute kommt; infolge des billigen Zolls nimmt das Ausland einen höheren Preis für Gerste. Wenn wir den Zoll ganz beseitigen, so würde die Gerste wiederum nicht billiger werden, wohl aber würden wir dem Ausland ein Geschenk von 45 Millionen machen. Die angeführten Zahlen über die Spannung zwischen Roggen und Gerste sind so beweisend, daß ein Widerspruch unmöglich ist.“

(11. Sitzung vom 21. Februar 1912. St. B. S. 196)

Mit der zeitweiligen Außerkräftsetzung des Kartoffelzollses erklärte er sich einverstanden, fügte aber bei:

„Ich bin allerdings der Ansicht, daß ähnlich wie bei Gerste und Mais dadurch kein Pfund Kartoffeln mehr eingeführt wird, und daß der Kartoffelpreis in keiner Weise heruntergeht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch bei den Kartoffeln wird das Ausland und der Handel den Nutzen davon entnehmen.“

(S. 196)

Abg. Giesberts fügte ergänzend bei:

„Immer wieder muß ich auf die Konsequenz hinweisen: verlangt man von der Landwirtschaft eine Steigerung der Produktivität, dann darf sie nicht zum Spielball des großkapitalistischen Handels und der Kuliskonkurrenz des Auslandes werden, sondern man muß sie sich entwickeln lassen hinter den sicheren Mauern eines maßvollen Schutzollses. Es wäre vielleicht interessanter und nützlicher für das deutsche Volk, wenn anstatt der ewigen Steuerungsdebatten, durch die bis jetzt nichts billiger geworden ist, (sehr richtig! rechts und im Zentrum) eine ernsthafte Untersuchung der Frage stattfände: wie stellen wir die Lebensmittelversorgung Deutschlands sicher und fest? (Sehr gut! rechts und im Zentrum) — eine Frage, an der alle Parteien ein gleichartiges Interesse hätten. Wenn die Möglichkeit dafür gegeben wäre, das in unserer Reichstagsstätigkeit durch eine parlamentarische Enquete-Kommission zu machen oder sonstwie, in der vor allem die Vertreter der Linken recht zahlreich vertreten sein müßten, so wäre das ein außerordentlicher Erfolg. Man wird auch nicht eher der Verheißung des Volkes gegen die Schutzollpolitik für Industrie und Landwirtschaft wirksam entgegenreten können, bis die Frage durch eine solche unparteiische parlamentarische Kommission geprüft ist, und bestimmte Resultate festgestellt sind. Ich verspreche mir von einer solchen Arbeit viel mehr Erfolg als von den vielen Reden, die hier über die Steuerung gehalten werden, und durch die bisher nichts billiger geworden ist.“

(12. Sitzung vom 22. Februar 1912. St. B. S. 221)

* * *

Die Handelsverträge mit der Türkei (I. Sess. 1912, Druckf. Nr. 44) und mit Bulgarien (I. Sess. 1912, Druckf. Nr. 333 u. 423) wurden ohne Debatte angenommen.